



POSTULAT

Urheber	Die Mitte Oberwallis, durch Matthias Hildbrand, Aurel Schmid, Andrea Amherd-Burgener und Stefan Diezig
Gegenstand	Amt für Gleichstellung und Familie ohne Männer?
Datum	16/05/2024
Nummer	2024.05.108

Seit 1993, also seit genau 31 Jahren, besteht das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie (KAGF) im Wallis. Dieses Amt engagiert sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen, unterstützt Familien und bekämpft häusliche Gewalt. Für die Erreichung dieser Ziele sind neben Frauen natürlich auch Männer unerlässlich. Folglich sollten Männerfragen logischerweise einen integralen Bestandteil des Amtes ausmachen. Tatsächlich werden diese jedoch nur teilweise direkt behandelt, da sie an das Männerbüro Oberwallis in Brig ausgelagert sind. Das primäre Ziel dieses Vereins ist die Beratung von Jugendlichen und Männern bezüglich ihrer Rollen und Aufgaben im Leben, in der Familie, bei der Arbeit und in der Gesellschaft. Während einer Pilotphase vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. März 2023 finanzierte das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie das Männerbüro Oberwallis vollständig. Die Finanzierung wurde dann bis zum 30. September 2024 verlängert, da die ursprüngliche Pilotphase für die Erreichung finanzieller Unabhängigkeit des Vereins zu kurz war. Seit dem Ende 2023 kann das Männerbüro beim KAGF Anträge auf Finanzhilfe stellen. Für 2024 gewährt das KAGF dem Männerbüro Subventionen für durchgeführte Einzelberatungen.

Im Jahr 2023 fanden Beratungen in einem eher kleinen Rahmen statt: Es gab lediglich 29 Erstgespräche und 65 Folgegespräche, was das Interesse an diesen Beratungen als eher gering erscheinen lässt.

Es stellt sich die Frage, warum das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie diese Beratungen nicht mit seinen vorhandenen Ressourcen und innerhalb seiner bestehenden Strukturen selbst anbietet. Aus unserer Sicht nimmt das Amt eine zu passive Rolle ein und lagert wichtige Fragen, welche Männer betreffen, kostspielig aus. Für eine Behörde, die Gleichstellung grosschreibt, ist dieses Vorgehen bedenklich und ökonomisch nicht sinnvoll.

Schlussfolgerung

Die Beratungen der Jugendlichen und der Männer müssen in den bestehenden Strukturen und mit den bestehenden Ressourcen des Amtes für Gleichstellung und Familie möglich sein. Wir fordern den Staatsrat auf, dies zu prüfen und die nötigen Schritte in die Wege zu leiten.